

7. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 18. Mai 2015

Diese Sondersitzung des Duisburger Stadtrates war extra einberufen worden, um einen **Nachtragshaushalt für das Jahr 2015** zu beschließen. Wie bereits im letzten Ratsinfo ausgeführt, wurde der Nachtragshaushalt nötig, weil die Stadt einen zusätzlichen Kredit in Höhe von 203 Mio. Euro aufnehmen will. Die ganze Summe soll sofort an die Duisburger Stadtwerke weitergeleitet werden, die durch die Folgen der deutschen Energiewende aber auch durch politische Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre (z.B. Kauf der STEAG) in finanzielle Nöte geraten sind.

Bereits in der letzten Sitzung hatten die Ratsmitglieder diese Maßnahme intensiv beraten. Nach Gemeindeordnung darf ein Haushalt aber nicht in der gleichen Sitzung eingebracht und beschlossen werden, daher war diese Sondersitzung nötig. Erwartungsgemäß gab es dann auch keine langen Reden mehr, jedoch einige kurze Begründungen von SPD, CDU, Linken und JuDu/DAL, die diesen Nachtragshaushalt mehrheitlich beschlossen.

FDP-Ratsherr Wilhelm Bies erläuterte die ablehnende Position der Liberalen und erinnerte an die zahlreichen alternativen Konsolidierungsvorschläge der FDP in den vergangenen Jahren. Außerdem stellte er fest, dass der Kämmerer in der Diskussion ausdrücklich nicht ausgeschlossen habe, dass die Stadtwerke mit einem Teil der 203 Mio. Euro ihre RWE-Anteile zurückkaufen wollten. Stadtkämmerer Dr. Peter Langner erwiderte, dass diese Überlegung „*völliger Unfug*“ sei, weil die Stadtwerke keine Anteile zurückkaufen könnten. „*Dies wäre allenfalls der DVV möglich.*“ Inzwischen ist öffentlich bekannt, dass die DVV die RWE-Anteile zurückkaufen wird... Nach einer Stunde war diese Ratssondersitzung beendet.

8. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 22. Juni 2015

Auch dieses mal begrüßten die demonstrierenden Gegner des Factory-Outlet-Centers alle Ratsmitglieder lautstark an der Rathaustür. Störende Trillerpfeifen, Trommeln und Tröten sind inzwischen zum Zeichen dieser Gruppe geworden. Peinlich wurde der Krach dann aber zu Sitzungsbeginn, als der Rat sich zu Ehren des verstorbenen ehemaligen Bürgermeisters Heinz Pletziger (CDU) erhob und der Oberbürgermeister einige Worte über ihn verlas.

Auch in dieser Ratssitzung stand der **Nachtragshaushalt für das Jahr 2015** wieder auf der Tagesordnung. Die Verwaltung hatte festgestellt, dass zur letzten Sondersitzung im Mai Einwendungen eines Bürgers (Dr. Ernst) gegen den Haushalt vorlagen, die dem Rat aber vor der Beschlussfassung nicht vorgelegt worden waren. Dies ist jedoch nach Gemeindeordnung zwingend erforderlich, also sollte heute der Beschluss der letzten Sitzung aufgehoben werden, dann die Einwendungen des Bürgers zur Kenntnis genommen (und zurückgewiesen) werden und dann ein erneuter Beschluss zum Nachtragshaushalt 2015 gefasst werden. JuDu/DAL-Vorsitzender Stephan Krebs stellte zu Recht die Frage, ob die Sondersitzung im Mai denn überhaupt dringlich und erforderlich gewesen wäre, wenn der Rat nun in aller Ruhe und ohne Zeitdruck im Juni dasselbe erneut beschließen könne. Stadtkämmerer Dr. Langner entgegnete sichtlich 'empört', er „*verstehe diese Frage nicht*“... Immer deutlicher merkt man, dass die letzten Monate der Amtszeit des Kämmerers (und

somit sein Renteneintritt) bevorstehen. Der Nachtragshaushalt wurde, wie bereits im Mai, von SPD, CDU, Linken und JuDu/DAL beschlossen.

Bei Tagesordnungspunkt 4 wurden neue Mitglieder für den **Aufsichtsrat der Duisburger Stadtwerke** gewählt. Neben drei Arbeitnehmervertretern und dem Oberbürgermeister kann der Stadtrat sieben weitere Personen in den Aufsichtsrat entsenden. SPD, CDU, Grüne und Linke machten ihre Vorschläge und die Gruppierungen im rechten Spektrum stimmten vereinzelt wieder „hier und da“ mit. Im Ergebnis entsendet die SPD drei Mitglieder, die CDU zwei und Grüne und Linke je ein Aufsichtsratsmitglied.

Ein ähnliches Spiel wiederholte sich bei den folgenden Wahlen von **Delegierten zur Genossenschaftsversammlung der LINEG und zur Emschergenossenschaft**.

Während eine **Dienstreife von Bürgermeister Erkan Kocalar** (Linke) zu Duisburgs Partnerstadt Gaziantep nur wenig kommentiert und nahezu einstimmig beschlossen wurde, geriet die Genehmigung einer **Wirtschaftsreise nach Wuhan** zu einem Spektakel. Die Beschlussvorlage sah vor, dass je ein Vertreter der SPD und CDU daran teilnehmen sollten, was alle anderen Fraktionen und Gruppen empörte und zu zahlreichen Wortmeldungen veranlasste. So wurde z.B. von den Grünen ironisch dargestellt, dass die gesamte Wirtschaftskompetenz der Stadt Duisburg offenbar ausschließlich von zwei einzelnen Ratsmitgliedern von SPD und CDU dargestellt werden könne. Die Linken bemängelten, dass sie im Vorfeld der Sitzung nicht einmal gefragt wurden, ob sie auch jemanden entsenden möchten. Andere beanstandeten, dass nicht einmal eine Mitreise bei eigener Kostenübernahme möglich sei.

Schließlich meldete sich der Fraktionsvorsitzende der SPD Herbert Mettler zu Wort, um dem Rat zu erklären *„Jetzt reicht’s, es fahren die zwei und damit ist gut!“* Viele Ratsmitglieder riefen spontan *„Basta!“* in den Raum. Worauf Wilhelm Bies (FDP) das Wort ergriff und in Richtung Herbert Mettler erklärte: *„Die FDP hat gar kein Interesse daran, an dieser Reise teilzunehmen, aber so redet nur jemand, der sich diese Stadt zur Beute machen will und offenbar weder Diskussion noch Widerspruch duldet. Mit dieser Auffassung von Politik sind Sie in China gut aufgehoben.“* Dafür gab es Zwischenapplaus aller kleineren Fraktionen und Gruppen. Unbeeindruckt von den Protesten und Anmerkungen beschlossen CDU und SPD „ihre persönliche“ Wirtschaftsreise nach Wuhan.

Ohne Diskussionen und meist einstimmig folgten die Kenntnisnahmen und Genehmigungen von **Jahresabschlüssen städtischer Gesellschaften** wie Stadtwerke, DVG, DVV, FrischeKontor, Hafen AG, Duisburg Marketing, filmforum, EG-DU, GfW, GEBAG, DBV, Werkstatt für Menschen mit Behinderung und NIAG, DuisburgSport, WBD-AöR, sowie die Genehmigung des Wirtschaftsplans 2015/2016 der Deutschen Oper am Rhein.

An Tagesordnungspunkt 15 wurde der bisherige **Geschäftsführer der Duisburg Marketing** Uwe Gerste (CDU) abberufen und Peter Joppa (SPD) zum neuen Geschäftsführer bestellt. Peter Joppa ist bisher schon Geschäftsführer der FrischeKontor, die im Laufe der vergangenen Monate bereits (fast) alle Aufgaben der Duisburg Marketing übernommen hat. Die CDU stimmte zwar gegen die Abberufung des eigenen Parteifreundes aber ohne jeden Kommentar, das wirkte eher wie eine notwendige Pflicht-Übung, ohne Aufregung. Gegen die Bestellung des neuen Geschäftsführers stimmten nur die Vertreter von REP und NPD.

Völlig einvernehmlich beschloss der Rat die **Weiterführung des Gesellschaftsvertrages der Deutschen Oper am Rhein (DOR) um weitere fünf Jahre** (ab der Spielzeit 2017/18).

Es folgte eine Beschlussvorlage, in der der Duisburger Stadtrat geänderte/angepasste **Gesellschaftsverträge der STEAG** GmbH beschließen sollte. Alle Verträge, die vor drei Jahren beim Kauf der STEAG durch ein Stadtwerke-Konsortium entstanden sind, mussten der Gemeindeordnung NRW „angepasst“ werden. Was nichts anderes bedeutet, als dass die Verträge in der alten Version nicht gesetzeskonform waren und eigentlich von der Bezirksregierung hätten beanstandet, bzw. für nichtig erklärt werden müssen. Jetzt half die Bezirksregierung bei der Umwandlung der Verträge. Die kritischsten Fragen und Anmerkungen kamen überraschenderweise von Ratsmitgliedern der SPD, z.B. der Hinweis, dass kommunalen Unternehmen laut Gemeindeordnung Auslandsgeschäfte untersagt seien, die STEAG aber einen großen Teil ihrer Geschäftstätigkeit im Ausland vollzieht. Ein anderer SPD-Ratsherr fragte nach einer Gegenüberstellung aller Vertragsänderungen, die in der Beschlussvorlage gar nicht dargestellt waren.

Ohne jeden Ratsbeschluss erteilte der Oberbürgermeister einem Sprecher der STEAG das Wort (was eigentlich so nicht möglich ist), der das Licht abschalten und die Beamer-Leinwände hochfahren ließ und die Ratsmitglieder mit einem 20minütigen **Vortrag über die STEAG** ermüdete. Die anschließende Fragerunde geriet zu einer Grundsatzdiskussion zwischen Linken, Grünen und dem STEAG-Sprecher über erneuerbare Energien, das 'Verschlafen' der Energiewende, das Abschalten von STEAG-Kohlekraftwerken – auch im Ausland- und die zukünftige Ausrichtung des Unternehmens.

Vor allen Problemen und Risiken, die jetzt von den Ratsmitgliedern bemängelt und kritisiert wurden (inkl. der finanziellen Probleme der Stadtwerke), hatten die Freien Demokraten bereits 2012 beim Kauf der **STEAG** deutlich und öffentlich gewarnt und wurden damals, vor allem von den Grünen, als unglaubwürdige Phantasten abgekanzelt. Grüne und Linke glaubten und forderten damals, sie könnten diesen weltweit operierenden Konzern zu einem „Öko-Umweltschutz-Verein“ umbauen und sind heute enttäuscht, dass die STEAG weiterhin Kohlekraftwerke im In- und Ausland baut und betreibt. Auch dieses Streit-Thema wurde letztendlich mit den Stimmen von SPD und CDU, gegen alle anderen, beschlossen.

Nahezu einstimmig (nur gegen die Stimmen von REP und NPD) wurde die Überführung der **Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistentinnen (PTA)** in eine private Trägerschaft beschlossen. Nach jahrelangem Hin- und Her haben die Apothekerverbände Duisburg, Niederrhein, sowie 'Düsseldorf und Umgebung' die „PTA-Fachschule Niederrhein gGmbH“ gegründet, die künftig als (private) Trägerin der PTA-Lehranstalt fungieren wird. Die bisherigen Räume im Gertrud-Bäumer-Berufskolleg können gegen eine Mietzahlung weiter genutzt werden, die Stadt leistet keinerlei Zuschüsse, die gab es in der Vergangenheit aber auch nicht. Im Beirat der PTA-Lehranstalt wird die Stadt auch zukünftig vertreten sein.

Etwas befremdlich war nur die Wortmeldung des SPD-Sprechers, der lobpreiste, dass „man“ den Erhalt dieser Institution und der Ausbildungsplätze nun gesichert hätte, als ob dieser Schritt in die Privatisierung auf Initiative der SPD erfolgt wäre. Die Wahrheit ist, dass die Stadt die **PTA-Lehranstalt** seit Jahren nicht mehr in ihrer Trägerschaft haben wollte und die jetzige Lösung ohne den Einsatz der Apothekerverbände gar nicht möglich wäre.

Das die Meinungen zwischen den demokratischen Parteien und den Gruppen am rechten Rand bei der Herrichtung, Ausstattung und Betrieb eines **Asylbewerberheimes** in einer ehemaligen Schule in Neuenkamp auseinandergehen würden, war zu erwarten. Auch dass es sich der Sprecher der REPs nicht nehmen lassen würde, hier zu langen Wortschwallen auszuholen, z.B. über eine „*Asylanten-Industrie, an der viele sich goldene Nasen verdienen*“.

Das es aber bei Beschlüssen zu **integrierten Handlungskonzepten für Marxloh und Hochfeld** zu lautstarken Auseinandersetzungen kam, überraschte schon.

Während man in Marxloh Fördergelder für die Bereiche Bildung, Wohnen und für die Revitalisierung von Einkaufsstraßen beantragen möchte, will die Verwaltung die Probleme in Hochfeld offenbar mit hübschen Radwegen, mehr Grünanpflanzungen und interkulturellen Gärten lösen.... Der zuständige Dezernent Carsten Tum erläuterte, das die 'Verschönerung' des Stadtteils nur als ein erster Schritt zu sehen sei und weitere Fördergelder- und Maßnahmen davon abhängen und sich natürlich anschließen würden. Mit diesem Hinweis konnten die meisten Ratsmitglieder beiden Handlungskonzepten zustimmen.

Die Beantragung weiterer **Fördermittel für Homberg-Hochheide, die Altstadt-Süd und zur Sanierung des Kirchturms der Salvatorkirche** wurden nahezu kommentarlos und einstimmig beschlossen.

Am südlichen Ende Hochfelds, hinter den langen Werkshallen von Arcelor-Mittal ist in den vergangenen Jahren schon der sog. Rheinpark entstanden. Inzwischen hat die Firma ihre komplette Drahtstraße von dort an einen anderen Standort verlegt, so dass bald ein riesiges Gebiet für Neuansiedlungen zur Verfügung steht. Bei diesen Dimensionen kann man hier von einem neuen Stadtteil sprechen, dem die Stadtverwaltung in Absprache mit Arcelor-Mittal den Arbeitstitel „**RheinOrt**“ gegeben hat. Den Grünen widerstrebt dieser Name so sehr, dass sie den Antrag stellten, dieses Gebiet „Hochfeld-Allee“ zu nennen. Die Mehrheit des Duisburger Stadtrates fand RheinOrt (zumal nur als temporären Arbeitstitel) besser.

Im vorgestellten **Masterplan**, für den jetzt ein Investor gesucht wird, schlägt die Verwaltung eine vier- bis fünf geschossige Blockrandbebauung vor, die durch einzelne zwölfgeschossige Gebäude aufgelockert werden soll. Wilhelm Bies erläuterte, dass die FDP sich für die Erschließung dieses Gebietes direkt am Rhein ausspricht, aber gegen diese von der Verwaltung vorgeschlagene Art der Bebauung. Die Freien Demokraten im Rat erwarten hier nicht unbedingt Einfamilienhäuser aber eine neue Hochhaussiedlung im Stile früherer Krupp- oder Thyssensiedlungen wird Duisburg nicht bei der Bewältigung seines Abwanderungsproblems helfen. Aus diesem Grunde haben die beiden FDP-Vertreter gegen diese Beschlussvorlage gestimmt, fast alle anderen stimmten zu.

Obwohl der Erlass einer „**Rechtsverordnung für ein Bodenschutzgebiet Duisburg-Süd**“ und der Bericht der Fachverwaltung „**Bildung in Duisburg - Sekundarbereich I und II**“ schon ca. 5 cm in den Ordnern der Ratsmitglieder einnahmen, gab es bei beiden Punkten keine Wortmeldung. Beides wurde beschlossen bzw. zur Kenntnis genommen.

Desweiteren legte Umweltdezernent Ralf Krumpholz (Grüne) dem Rat eine „**Hochwasser-Management-Planung**“ für die Stadtmitte vor. Hierin wurde dargestellt, welche verheerenden Folgen es für die City und das U-Bahnnetz hätte, wenn z.B. das Marientor bei starkem Hochwasser nicht verschlossen werden könnte. In der Beschlussvorlage wurden alle möglichen Szenarien durchgespielt, in allen Fällen kam man aber zum Schluss, dass man sich lediglich mit spontan zu errichtenden Sand- und Zementsack-Wällen behelfen könne, diese aber in keiner Variante schnell genug errichtet werden können...

...deshalb beschloss der Rat in einer weiteren Vorlage einstimmig die „**Errichtung eines Dammbalkenverschlusses als Redunanz zum Sperrtor Marientor**“. Leider entstehen hier Kosten i.H.v. 4 Mio. Euro. Wenn das Wort „Alternativlos“ mal angebracht erscheint, dann in diesem Fall.

Wie in jeder Ratssitzung, folgten wieder Beschlüsse zur **Aufstellung von Bebauungsplänen** in verschiedenen Stadtteilen. In der Regel wird hier kaum diskutiert, zumal jede Vorlage auch schon mindestens durch die zuständige Bezirksvertretung und den Ausschuss gegangen ist.

Eine Ausnahme gab es beim Aufstellungsbeschluss für den **Bebauungsplan Nr. 1234 – Huckingen „Am neuen Angerbach“**. Hier soll im Bereich hinter Infineon-Technologies an der Düsseldorfer Landstraße (Richtung Düsseldorf auf der linken Seite) eine neue Siedlung entstehen. Derzeit ist hier nur ein brachliegender Acker zu sehen. Der Bürgerverein Huckingen hatte sich gegen diese Bebauung ausgesprochen und dies auch allen Ratsfraktionen mitgeteilt. Dies führte auch bei den Freien Demokraten zu intensiven Überlegungen und Gesprächen. Letztendlich sprachen aber mehr Gründe für die Errichtung einer hochwertigen Einfamilienhaus-Bebauung als für den Erhalt eines beliebten Feldes für Jogger, Naturliebhaber, Spaziergänger und Hundebesitzer. Zumal an der Stadtgrenze eine gute Chance auf gewünschte Zuwanderung aus Düsseldorf besteht. Obwohl die Mehrheiten und Meinungen im Ausschuss noch anders waren, stimmten im Rat nur noch Linke, REP und PSL dagegen.

Die FDP hatte schon zu Zeiten des **Streiks der Kindergärtner/innen** einen Antrag gestellt, wonach den Eltern für die Streiktage die **Kindergartenbeiträge** und die Kosten für Mittagessen erstattet werden sollten. Die JuDu/DAL-Fraktion hatte einen ähnlich lautenden Antrag formuliert. Da die zuständigen Fachausschüsse aber bisher nicht über diese Anträge beraten hatten, einigte man sich darauf, im Rat keine Abstimmung vorzunehmen, sondern das Thema zunächst in den Gremien zu diskutieren. Danach wird es dem Rat erneut vorgelegt.

Um bei den zum Teil ausufernden Problemen mit pausierenden und **übernachtenden LKW-Fahrern im Stadtgebiet** etwas Abhilfe zu verschaffen, hatte die Fraktion PSL einen Antrag formuliert, wonach die Verwaltung immer prüfen möge, ob bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete nicht immer auch eine ausreichende Anzahl LKW-Stellplätze eingeplant werden könne. FDP und Grüne schlossen sich diesem Antrag an. Obwohl es sich (nur) um einen Prüfantrag handelte, stimmten CDU und SPD dagegen, nachdem der zuständige Dezernent erklärt hatte, dass man dies den privaten Unternehmen überlassen müsse.

Einem weiteren gemeinsamen Antrag von PSL und Grünen konnten die Freien Demokraten sich gar nicht anschließen. Es handelte sich um eine „**Resolution gegen Fracking auf Duisburger Stadtgebiet**“. Die Grünen erläuterten, dass genau diese Resolution schon in vielen Städten so beschlossen wurde und auch fast alle Fraktionen im RVR dem zugestimmt haben. SPD, CDU, JuDu/DAL und FDP stimmten mehrheitlich gegen diesen Antrag, weil es derzeit überhaupt kein Ansinnen gibt, Gas-Bohrungen auf Duisburger Stadtgebiet durchzuführen, zweitens wäre dann auch nicht die Stadt, sondern die Bezirksregierung für die Genehmigung zuständig und drittens sollte man neue Technologien nicht schon am Anfang ´verteufeln´, wie Stephan Krebs von JuDu/DAL erklärte und erinnerte, dass man die ersten Dampfloks auch schnell wieder verbieten wollte, weil man befürchtete, dass es schlimme Auswirkungen auf den menschlichen Körper haben könnte, wenn er sich schneller als 30 Stundenkilometer bewegen würde...

Gegen 20:00 Uhr war die letzte Ratssitzung vor der Sommerpause beendet, die nächste ist erst wieder am 21. September 2015 geplant – wenn nichts unvorhergesehenes geschieht. Danach werden wir Sie wieder gerne und umfänglich informieren. Bis dahin wünscht Ihnen die FDP-Ratsgruppe schöne und erholsame Sommerferien.